21. Wahlperiode

Drucksache **21/397**

HESSISCHER LANDTAG

06. 08. 2024

Kleine Anfrage

Dr. Frank Grobe (AfD), Jochen K. Roos (AfD), Lothar Mulch (AfD) und Heiko Scholz (AfD) vom 26.03.2024

Wissenschafts- und Forschungsspionage in Hessen

und

Antwort

Minister des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz

Vorbemerkung Fragesteller:

Laut dem Bundesamt für Verfassungsschutz stehen deutsche Hochschulen und Forschungseinrichtungen vermehrt im Fokus von Spionage durch ausländische Nachrichtendienste. Zwar sieht sich der Verfassungsschutz in Deutschland für die Abwehr von Spionage und Sabotage durch ausländische Nachrichtendienste verantwortlich, doch gibt es an Hochschulen in Deutschland – im Gegensatz zu Ländern wie Dänemark – bisher keine Hintergrundprüfungen von ausländischen Forschern in Zusammenarbeit mit dem Geheimdienst. Die Folgen von Wissenschafts- und Forschungsspionage sind jedoch gravierend, da den deutschen Hochschulstandorten durch den Abfluss von wissenschaftlichem Know-how ein fortlaufender Verlust von Aufträgen, Patenten und Geldern sowie ein erheblicher Imageschaden im Ausland droht.

Diese Vorbemerkung der Fragesteller vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage im Einvernehmen mit dem Minister für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur wie folgt:

Frage 1 Wie definiert die Landesregierung Wissenschafts- und Forschungsspionage? Die Antwort bitte begründen.

Unter Wissenschafts- und Forschungsspionage wird im Verfassungsschutzverbund die staatlich gelenkte Ausforschung von Wissenschaftsorganisationen durch fremde Nachrichtendienste verstanden.

Frage 2 Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat bestimmte Forschungsfelder definiert, die besonders von Spionage gefährdet sind. Welche Forschungsfelder an Hochschulen sieht die Landesregierung in Hessen als besonders gefährdet an? Die Antwort bitte begründen.

Das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) Hessen teilt die Einschätzung des Bundesamtes für Verfassungsschutz hinsichtlich besonders von Spionage gefährdeter Forschungsfelder. Hierbei handelt es sich um die nachstehenden Forschungsfelder, welche besonders interessant zur Stärkung der Innovationskraft anderer Staaten sind:

- Schiffbau und Meerestechnik,
- Energieeinsparung und Elektromobilität,
- Informations- und Kommunikationstechnologien,
- Automatisierung und Robotik,
- Elektrizitätsanlagen,
- Anlagen für Luft- und Raumfahrttechnik,
- Neue Werkstoffe und Materialien- Landwirtschaft,
- Moderne Anlagen für den Schienenverkehr sowie
- Biomedizin und High-Performance Medizingeräte.

Eingegangen am 6. August 2024 · Ausgegeben am 6. August 2024

Herstellung: Kanzlei des Hessischen Landtags · Postfach 3240 · 65022 Wiesbaden · www.Hessischer-Landtag.de

Frage 3 Wie bewertet die Landesregierung die Gefahrenlage im Zusammenhang mit Wissenschafts- und Forschungsspionage in Hessen insgesamt? Die Antwort bitte begründen.

Die Gefahr besteht auf anhaltend hohem Niveau. Hessen als Standort für Wissenschaft und Forschung nimmt eine besondere Rolle ein, weshalb Spionage ein anhaltend hohes Risiko für die Wissenschafts- und Forschungslandschaft darstellt.

Frage 4 Liegen der Landesregierung Kenntnisse über Fälle von abgewehrten oder erfolgreich durchgeführten Versuchen von Wissenschafts- und Forschungsspionage an hessischen Hochschulen vor? Bitte nach Hochschulbezeichnung, Zeitpunkt des Kenntniserhalts des Vorganges seit dem 01.01.2018 bis zum letzten Stichtag der Datenerfassung aufschlüsseln.

Frage 5 In Bezug auf Frage 4: Wurden im Zusammenhang mit Spionage in Wissenschaft und Forschung bereits Strafverfahren eingeleitet?
Wenn ja: Wie viele Anzeigen welcher Art wurden erstattet und von wem? Bitte nach Zeitpunkt des Kenntniserhalts des Vorganges seitdem 01.01.2018 bis zum letzten Stichtag der Datenerfassung aufschlüsseln.

Die Fragen 4 und 5 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Erkenntnislage des LfV Hessen über Spionageaktivitäten ausländischer Nachrichtendienste im Bereich von Wissenschaft und Forschung kann nicht offengelegt werden, da dies die weitere Aufklärung der Aktivitäten erheblich erschweren und die Aufgabenerfüllung der Sicherheitsbehörden in Deutschland gefährden könnte. Insoweit wird auf die zuständigen parlamentarischen Gremien verwiesen.

Frage 6 Welche Maßnahmen unternimmt die Landesregierung um hessische Hochschulen und Forschungseinrichtungen vor ausländischer Spionage zu schützen? Die jeweiligen Maßnahmen bitte begründen.

Frage 7 In Bezug auf Frage 6: Werden ausländische Forscher im Vorfeld und während ihrer Tätigkeit an einer hessischen Hochschule hinsichtlich Wissenschafts- und Forschungsspionage überprüft? Wenn nein: Warum nicht?

Frage 8 In Bezug auf Frage 6: Wer ist in Hessen für die Abwehr von Wissenschafts- und Forschungsspionage an Hochschulen zuständig? Bitte nach der Bezeichnung des Amtes und des Aufgabenbereichs sowie der Anzahl der insgesamt zuständigen Personen aufführen.

Die Fragen 6 bis 8 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Der Schutz von Wissenschaft und Forschung in Hessen ist Aufgabe des LfV Hessen. Das LfV Hessen geht aufgrund seines gesetzlichen Auftrages Verdachtsmomenten hinsichtlich Spionageaktivitäten nach, stellt sich auf die gesellschaftlichen, politischen und technischen Wandlungen ein und trägt diesen in seiner Arbeit Rechnung. Berichtbare Einzelheiten sind dem jährlichen Verfassungsschutzbericht zu entnehmen. Spionageaktivitäten in Wissenschaft und Forschung stellen einen Teilbereich der Zuständigkeit des Wirtschaftsschutzes sowie der Spionageabwehr der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder dar. Die Anzahl der im LfV Hessen zuständigen Personen sowie deren Amtsbezeichnung kann nicht offengelegt werden, da dies Rückschlüsse auf die Arbeitsweise des LfV Hessen zulassen, die weitere Aufklärung der Aktivitäten erheblich erschweren und die Aufgabenerfüllung gefährden könnte.

Das LfV Hessen stellt zu relevanten Themen des Verfassungsschutzes Informationen sowie präventive Angebote für die Wissenschafts- und Forschungsbetriebe in Hessen zur Verfügung. Seitens der Landesregierung wurden Verwaltungsvorschriften und Richtlinien erlassen, die auch mittelbar der Spionageprävention dienen.

Hochschulen haben die Möglichkeit, beim Landeskriminalamt Zuverlässigkeitsüberprüfungen durchführen zu lassen, wenn ein Anlass dazu besteht.

Darüber hinaus werden seitens der Landesregierung folgende Maßnahme ergriffen:

Maßnahmen zum Umgang mit der Volksrepublik China in der wissenschaftlichen Kooperation.

Als erstes Land in Deutschland führte Hessen durch das Ministerium für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur (HMWK) bereits im Juli 2023 eine Informations- und Vernetzungsveranstaltung zum Umgang mit der VR China durch. Die Landesregierung befindet sich mit den Hochschulen in engem Austausch über eine zukünftig verstärkt notwendige hessenweite Nutzung von Expertise und Synergien sowie eine zentrale Koordination.

Seit dreieinhalb Jahren findet in regelmäßigen Abständen ein Bund-Länder-Austausch zu wissenschaftlichen Kooperationen mit der VR China statt, zu dem auch die Sicherheitsdienste Beiträge leisten. Das HMWK informiert die Hochschulen regelmäßig, soweit unter Sicherheitsaspekten möglich, und leitet darüber hinaus auch weitere relevante Informationen etwa von Seiten der EU-Kommission an die Hochschulen weiter.

Maßnahmen im Bereich der IT- und Cybersicherheit

Über den Digitalpakt Hochschule fördert die Landesregierung u. a. die Informations- und IT-Sicherheit. Die Hochschulen beschäftigen sich im Rahmen der Umsetzung auf verschiedenen Ebenen mit der Verbesserung ihrer Standards. Diese umfassen insbesondere Bewusstseinsschulungen für das Personal, technische und organisatorische Maßnahmen zur Steigerung der IT-Sicherheit sowie perspektivisch die Einrichtung von Kompetenzzentren für IT-Sicherheit, welche die Expertise des im Innenministerium eingerichteten CyberCompetenceCenter (Hessen3C) bedarfsgerecht im Kontext der Hochschulen ergänzen.

Der Bund und das Land Hessen fördern mit ATHENE, dem „Nationalen Forschungszentrum für angewandte Cybersicherheit“, das europaweit größte Forschungszentrum für angewandte Cybersicherheitsforschung. ATHENE ist ein wesentlicher Bestandteil der Cybersicherheitsstrategie des Bundes und des Landes. Mit ATHENE werden grundlegende Fragen der Sicherheit im digitalen Raum bearbeitet; dazu gehören auch aktuelle Problemstellungen der Spionageabwehr.

Wiesbaden, 26. Juli 2024

Prof. Dr. Roman Poseck